



Die Lautertalbrücke ist mit knapp 300 Metern Länge das größte Bauwerk der neuen B 29 um Mögglingen. FOTO: RP STUTTGART

Interview: B 29

## „Enges Zeitfenster war eine Herausforderung“



**Wolfgang Reimer (Grüne),** Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart

Die Ortsumfahrung Mögglingen wurde unter Federführung des Regierungspräsidiums Stuttgart geplant und gebaut.

**Staatsanzeiger:** Was waren die Herausforderungen beim Projekt?

**Wolfgang Reimer:** Der Bau der Ortsumfahrung Mögglingen war geprägt durch eine große Zahl von Bauwerken und durch ein enges Zeitfenster. Außerdem umfasste die Maßnahme mit knapp sieben Kilometern eine relativ große Streckenlänge. Hier den Überblick zu behalten sowie alle Bauabschnitte und -maßnahmen zu koordinieren erforderte vom Projektteam ein Höchstmaß an Konzentration – und eine große Portion Leidenschaft für das Projekt.

**Was ist für Sie eine besondere Leistung bei der Maßnahme?**

Es macht mich immer wieder stolz, wie engagiert unsere Straßen-

bauerinnen und Straßenbauer Bauabläufe steuern und ihre Projekte professionell zur Verkehrsfreigabe bringen. Die elf Brücken, eine Stützwand, vier Regenklärbecken, fünf Regenrückhaltebecken, ein Wellstahldurchlass sowie zehn Böschungssicherungen, die wir am Wochenende als fertige Ortsumfahrung übergeben können, weitgehend parallel zu steuern, vom Straßenoberbau und den naturschutzrechtlich gebotenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ganz zu schweigen, ist eine

starke Gemeinschaftsleistung.

**Wurde der zeitliche Rahmen eingehalten?**

In Mögglingen war die Zielmarke, die Umgehung vor Beginn der Remstalgartenschau in Betrieb zu nehmen. Dies ist gelungen. Zum Start großer Infrastrukturprojekte den Fertigstellungstermin festzulegen und einzuhalten, ist aus meiner Sicht bemerkenswert und zeugt von dem erstklassigen Know-how unserer Ingenieurinnen und Ingenieure.

**Konnte der Kostenplan eingehalten werden?**

Nach derzeitigem Stand werden die Kosten der zweiten Kostenfortschreibung mit rund 119 Millionen Euro eingehalten.

*Kritiker sagen, dass der Bau neuer Straßen neue Probleme schafft, durch Eingriffe in Natur und Landschaft sowie das Anziehen von mehr Autoverkehr und Schädigung des Klimas.*

Für das Land, und für uns als Regierungspräsidium, ist klar: Eine zukunftsfähige Mobilität braucht den Mix aller Verkehrsträger. Wir brauchen den Ausbau von ÖPNV

und Bahnverkehr, wir brauchen mehr Transport auf der Schiene, wir müssen die Engpässe im Straßennetz

beseitigen sowie den Rad- und Fußverkehr im Blick haben. Die Zukunft der Mobilität ist nachhaltig, klimaschonend, digitalisiert und vernetzt. Die Landesregierung hat den wichtigen Schritt hin zum vorrangigen Erhalt und der Sanierung stark belasteter Abschnitte gemacht und treibt gleichzeitig eine stärkere Vernetzung voran, die auch zu einer Entlastung der Infrastruktur führen soll. Dennoch werden Aus- und Neubau von Straßen,

Brücken und Tunnel eine wichtige Daueraufgabe der Straßenbauverwaltung bleiben.

*Wie sah die Bürgerbeteiligung aus?* In Mögglingen haben sich die Bürgerinnen und Bürger in einer Bürgerinitiative selbst organisiert. Daneben haben wir in Mögglingen ein gut erreichbares Baubüro eingerichtet und als Anlaufstelle für Interessierte bekannt gemacht. Für eine maximale Transparenz unserer Tätigkeit vor Ort gab es außerdem immer wieder Führungen auf der Baustelle.

*Gab es Widerstand gegen das Projekt? Wenn ja, von welchen Seiten?* Wer Mögglingen kennt oder sich auf der B29 durch Mögglingen quälen musste, bekam den Leidensdruck der Bevölkerung zu spüren. Von Widerständen kann man da nicht in begründeter Weise sprechen.

*Wie viele Mitarbeiter Ihres Hauses waren bei der Maßnahme beteiligt?* In einer Bündelungsbehörde, wie das Regierungspräsidium eine ist, kommen viele Beteiligte zusammen. Von der Planung über die Planfeststellung hin zur Bauausführung, Naturschutz, Landwirtschaft waren um die zehn Referate im RP beteiligt.

**Das Gespräch führte Ulrike Raab-Nicolai**

## Eingriffe in die Natur werden ausgeglichen

Maßnahmen für Artenschutz und Landschaftspflege

**MÖGGLINGEN.** Der Bau von Straßen ist mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden. Daher sind Ausgleich, Ersatz und Neuanlage von Lebensräumen heute wichtiger Bestandteil eines Straßenbauprojekts. Die Eingriffs-Ausgleichs-Regelung ist im deutschen Recht das wichtigste Instrument, um Belange des Naturschutzes durchzusetzen. Grundidee ist ein generelles Verschlechterungsverbot für Natur und Landschaft.

Im Rahmen des Umweltschutzes werden Eingriffe nach Angaben des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart möglichst gering gehalten und entsprechend ausgeglichen. Solche umfangreichen landschaftspflegerischen Maßnahmen werden als Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen bezeichnet.

Dazu gehören beim Bau der Ortsumfahrung Mögglingen zum einen Artenschutzmaßnahmen.

Zum Beispiel wurden unter anderem Ackerflächen in extensivem Grünland für die Felderche umgewandelt, Überflughäuser und Leitelemente für Fledermäuse, Schutzzäune und neue Habitate für Eidechsen geschaffen.

Zu den Ausgleichsmaßnahmen gehört auch die Bepflanzung der Nebenflächen, die Ansaat von Wiesensmischungen und die naturnahe Gestaltung und Bepflanzung der querenden Gewässer Rems, Alte Rems, Lauter und Schettelbach. Zum Teil wurden Bäche renaturiert sowie Flutmulden und Feuchtbereiche ökologisch aufgewertet.

An der Straßentrasse werden zudem heimische Bäume und Sträucher gepflanzt und diese damit auch landschaftlich eingebunden. Schließlich werden noch alte Trassenteile der B29 zurückgebaut und die Fläche anschließend rekultiviert. (raab)



Wo Straßen gebaut werden, wird in die Natur eingegriffen. Ausgleichsmaßnahmen für Tiere und Flächen gehören zu den Pflichtaufgaben der Straßenbauer.